Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/325
13.12.2006

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

25. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss lehnt die Durchführung einer Aktuellen Stunde, von den Grünen beantragt, zum Thema „Auswirkungen der Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen im Einzelplan 10“ mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen ab.

1 Restrukturierungsplan der Landwirtschaftskammer NRW 6

Ludwig Hanebrink (Landwirtschaftskammer NRW, Direktor) trägt anhand der Anlage vor und beantwortet anschließend Fragen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (UmlG) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2914

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD angenommen.

Seite

3 Konsequenz aus geheimem Gentechnikanbau in NRW: Nur das geltende Gentechnikrecht bietet Schutz und Transparenz 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2729

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) erstattet Bericht.

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

4 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2097

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

5 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

6 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen 33

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496

Der Antrag wird für erledigt erklärt, da im Wirtschaftsausschuss ein gemeinsamer Antrag beschlossen worden ist.

7 EMAS-Zertifizierung der Landesbehörden – Stand der Umsetzung 34

Dr. Andreas Christians (StK) und StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) berichten.

Seite

8 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 39

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat zu diesem Thema eine Anhörung beschlossen. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kommt überein, sich an dieser Anhörung zu beteiligen.

9 Der Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2873

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

10 Gesetz zur Regelung von Umweltinformationen im Lande Nordrhein-Westfalen 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2913

Der Gesetzentwurf soll am 17. Januar 2007 abgestimmt werden. Vorher werden schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

11 5. Novelle der Verpackungsverordnung: Stand der Beratungen, Veränderungsperspektiven und Auswirkungen auf NRW 46

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/801 gegeben.

12 Biologische Stationen in NRW: Ergebnisse der Kundenbefragung und zum Restrukturierungskonzept 49

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/827. - Zudem nimmt Minister Eckard Uhlenberg Stellung.

Seite

13 Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt- und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem „Spiel 77“ wie bisher unmittelbar unterstützen! 64

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1988

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

14 Erlassentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung '07) 66

Vorlage 14/794

Der Ausschuss stellt zu Vorlage 14/794 - ohne Experimentierklausel - einstimmig das Einvernehmen her.

Der Ausschuss beabsichtigt, sich mit der Experimentierklausel gesondert zu beschäftigen.

Nächste Sitzung: 17. Januar 2007

*****

8 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Vorsitzende Marie-Luise Fasse macht darauf aufmerksam, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 15. November 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – federführend – sowie an mehrere Fachausschüsse – unter anderem an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – zur Mitberatung überwiesen worden.

Da der Wirtschaftsausschuss heute Morgen beschlossen habe, eine Anhörung durchzuführen – so **Svenja Schulze (SPD)** –, rege sie an, erst nach der Anhörung abzustimmen.

Auf Vorschlag von **Johannes Remmel (GRÜNE)**, kommt der **Ausschuss** überein, sich an der Anhörung zu beteiligen.

Johannes Remmel (GRÜNE) macht deutlich, es handle sich um ein Gesetz für einen begrenzten Raum, das Ruhrgebiet. Es liege nahe, dass andere Regionen des Landes ähnliche Ambitionen haben könnten. Ihn interessiere, ob dem Ministerium andere Ambitionen bekannt seien und es möglicherweise ähnliche Gesetzgebungsverfahren geben werde.

MR Sabine Klaßmann-Voß (MWME) antwortet, es werde keine ähnlichen Gesetzgebungsvorhaben geben. Natürlich gebe es Bestrebungen aus unterschiedlichen Regionen; aber es werde bei diesem Gesetzesvorhaben, das angekündigt worden und als Vorstufe zur Verwaltungsstrukturreform beabsichtigt sei, also einer Plattform für das Ruhrgebiet, bleiben.

Johannes Remmel (GRÜNE) fragt, ob das die Absage an Aachen sei.

MR Sabine Klaßmann-Voß entgegnet, das sei weder eine Absage noch eine Zusage. Es gehe rein um das Ruhrgebiet und die Umsetzung des in der Koalitionsvereinbarung Festgehaltenen.

Holger Ellerbrock (FDP) bittet um Bestätigung des Wirtschaftsministeriums, das auf freiwilliger Basis gemeinsame Flächennutzungspläne nach wie vor erlaubt seien.

MR Sabine Klaßmann-Voß antwortet, das könne sie gerne bestätigen. Aber das sei ein ganz anderer Aspekt. Gemeinsame Flächennutzungspläne seien nach BauGB von jeher möglich. Das habe auch nichts mit dem regionalen Flächennutzungsplan zu tun, der ein anderes Rechtsinstitut sei, als das, was mit diesem Gesetz beabsichtigt sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet um Bestätigung des Wirtschaftsministeriums, dass es in anderen Regionen des Landes, insbesondere in der Region Aachen, entsprechende Bestrebungen gebe, auch die Kompetenz für die Regionalplanung als Regionalverbund zu bekommen.

MR Sabine Klaßmann-Voß bestätigt, dass es diese Bestrebungen gebe. Es sei aus ihrer Sicht legitim, wenn einzelne Regionen Ideen entwickelten oder versuchten, Vorhaben zu verwirklichen; aber es sei – jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt – nicht beabsichtigt, dies in ein weiteres Gesetzgebungsvorhaben einfließen zu lassen.